# Antragsteller: 21. April 2023

# Landesvorstand

# Entwurf

# Leitantrag

# an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei

# DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

# am 3. Juni 2023 in Aschersleben

**Land. Leben. Zukunft**

**Leitlinien der LINKEN für die Kommunalwahlen 2024**

2024 finden in Sachsen-Anhalt zwei wichtige Wahlen statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit sowohl bei den Wahlen zum Europaparlament als auch bei den Kommunalwahlen ihre Stimme abzugeben und damit mitzuentscheiden.

Kommunalpolitik ist eine Frage der Nähe: nah am Menschen, nah am Leben. Vieles, was einen funktionierenden Alltag ausmacht, wird hier geregelt: die Erreichbarkeit der Schule und des Supermarktes, beheizte Wohnungen und Schwimmbäder, offene Rathäuser und Turnhallen. Beschäftigte der Kommune betreuen Kinder, pflegen Kranke, entsorgen den Müll. Über „Systemrelevantes“ wird also entschieden in unseren Rathäusern, in unseren Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräten.

Die Wahlen finden in Zeiten multipler Krisen statt. Wir erleben die Klimakrise, eine Energiekrise mit ihren unsozialen Folgen und auch die Nachwirkungen der Pandemie sind noch nicht überwunden. Unter den steigenden Kosten auf Grund der Inflation und des Fachkräftemangels leiden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Kommunen. Diese Wahlen werden überschattet vom imperialistischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, deren Folgen auch im kommenden Jahr noch präsent sein werden.

Gesellschaftliche Strukturen, demokratische Mitbestimmung und sicher geglaubte Perspektiven werden in Frage gestellt. Die kommunale Selbstverwaltung ist auf Grund der Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben und steigenden Ausgaben nur noch bedingt gewährleistet. Wir brauchen aber handlungsfähige Kommunen, deshalb bleibt unsere Forderung: Die Krisengewinnler müssen zahlen! Unsere Forderungen zur Umverteilung von Reichtum sind nach wie vor aktuell: eine Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe, die Übergewinnsteuer in Krisenzeiten, die Deckelung von Energie- und Lebenshaltungskosten, die öffentliche Kontrolle der Preise, die Stärkung von Bus und Bahn.

Neben den regionalen Unterschieden der Kommunen gibt es grundsätzliche Ziele LINKER Politik: Wir wollen Zusammenhalt stärken, soziale Ungleichheit zurückdrängen und marktfreie Räume verteidigen. Der Klimaschutz und die Energiewende sind drängende Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns für eine klimaneutrale Entwicklung unserer Kommunen ein, deren Kosten gemeinschaftlich getragen und sozial ausgewogen verteilt werden. Als antifaschistische Kraft tritt DIE LINKE Rechtsextremismus und Rassismus entgegen. Wir reichen den Menschen aus kriegszerbombten Städten wie Mariupol und Aleppo unsere Hand. In Zeiten verschärfter Konkurrenz gilt für DIE LINKE: Gesellschaftlichen Reichtum gerecht umverteilen, statt arm gegen arm auszuspielen.

**Die LINKE will eine zukunftsfeste öffentliche Daseinsvorsorge**

DIE LINKE ist die Partei der öffentlichen Verantwortung. Was alle brauchen, muss öffentlich zugänglich sein. Wir nennen das Daseinsvorsorge. Zu Hause ist mehr als eine Wohnung oder ein Haus. Ein Zuhause muss bezahlbar sein, es braucht Strom, Internet, Wärme und Wasser, Bus und Bahn, Kita und Schulen, Theater und Bibliotheken, Krankenhäuser, Arztpraxen und Apotheken. All das und viel mehr macht attraktive Lebensbedingungen aus. Der Schlüssel dafür ist für uns als LINKE, dass alles, was dafür gebraucht wird, in öffentlicher Hand ist. Und es muss idealerweise barrierefrei erreichbar sein, auf dem Land und in der Stadt. Nur so hat Land. Leben. Zukunft.

Wir sagen: Was alle zum Leben brauchen, darf nicht dem Profitstreben Einzelner unterliegen, sondern muss demokratisch kontrolliert und durch alle mitbestimmt werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge soll deshalb in der öffentlichen Hand verbleiben oder dorthin zurückgeholt werden.

Herzstück für uns sind optimal finanzierte Krankenhäuser in öffentlicher Hand, ein landesweiter Klinikverbund und eine flächendeckende Präsenz von Haus- und Fachärztinnen und -ärzten. Und: LINKE sind auch kommunalpolitisch offen für Neues. Digitalisierung, Telemedizin und Künstliche Intelligenz helfen heute schon dort, wo sie auf offene Kommunen treffen, Mängel der medizinischen Versorgung und Pflege zu dämpfen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für uns zentral, damit Energie bezahlbar, sicher und klimagerecht verfügbar wird. Unsere kommunalpolitische Erfahrung ist, dass die Akzeptanz vor Ort steigt, wenn die Menschen vom Ausbau profitieren und nicht noch mit höheren Stromkosten belastet werden. Deshalb ist für uns klar: Wir überlassen die Stromproduktion nicht privaten Konzernen, sondern stärken unsere kommunalen Stadtwerke und unterstützen sie dabei, Strom selbst zu produzieren. Energienetze müssen in öffentliche Hand zurückgeführt werden. Profitgetriebene Energiekonzerne wollen wir rekommunalisieren.

Um auch zukünftig wichtige Bereiche wie Schule, Kita, Gesundheit, Pflege und Mobilität anbieten zu können, braucht es Fachkräfte, die in Sachsen-Anhalts Kommunen gut und gerne leben können. Und es braucht gute Kommunalpolitik, die darauf einen Fokus setzt. DIE LINKE wird dies tun.

DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung ein, in dem sie bei jeder Investitionsentscheidung, egal ob Strukturwandelprojekte, Industrie- oder Gewerbeansiedlungoder Ausweitung von Wind- oder Solarenergieanlagen, ob Ausweisung neuer Wohnsiedlungen oder großflächiger Verkaufsflächen die langfristigen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt hinterfragt und dabei den sozialökologischen Aspekt in den Vordergrund stellt. Wir setzen uns ein für klimaangepasste Stadt- und Gemeindeentwicklungen damit unsere Kommunen auf die Herausforderungen des Klimawandels besser vorbereitet sind. Wertvolles Ackerland soll nicht zugunsten von Wohnanlagen oder zur industriellen Nutzung versiegelt werden. Unsere Böden sind eine wichtige Wertanlage für die Zukunft.

**DIE LINKE will barrierefreie Mobilität für alle – überall**

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Nicht nur dafür braucht es einen gut ausgebauten und verzahnten öffentlichen Nahverkehr, sondern auch als wichtigen Baustein zur Bewältigung der Klimakrise und für Klimagerechtigkeit. Dabei muss er auch (für alle) bezahlbar sein. Wir arbeiten daran, die bestehende Alternativlosigkeit des Autos (motorisierten Individualverkehrs), insbesondere in den ländlichen Regionen zu beseitigen, aber nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und nicht durch Einschränkungen der Mobilität.

Deshalb gehören die Stärkung des Umweltverbundes und der Ausbau des Geh- und Radwegenetzes zur Agenda linker Kommunalpolitik. Das 49-Euro-Ticket ist eine Vergünstigung gegenüber dem vorherigen Status quo, aber eben nur für diejenigen, die sich das leisten können.

Es braucht die Einführung eines 365-Euro-Tickets mit kostenfreien Tickets für Schüler:innen, Studierende und Menschen, die Sozialleistungen erhalten sowie eine zügige Umstellung auf einen fahrscheinlosen ÖPNV in Deutschland, bezahlt durch gerechte Steuern für die Reichsten und den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Um weiße Flecken im ÖPNV im ländlichen Raum auszufüllen stehen wir dem autonomen Fahren offen gegenüber. Modellprojekte wollen wir unterstützen und evaluieren.

**DIE LINKE will mehr soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

DIE LINKE thematisiert auf allen Ebenen die immer mehr zunehmende Polarisierung in Arm und Reich in unserer Gesellschaft. Ein Etikettenschwindel von Hartz IV in Bürgergeld allein ist seitens der Politik deutlich zu wenig. Ein Fünftel der Kinder in unseren Städten und Dörfern sind arm. Die Inflation und die steigenden Energie- und Heizkosten verschärfen die Armut, gerade auch von Rentner:innen. Diese Probleme können nicht auf kommunaler Ebene behoben werden, aber wir können in den Kommunen Einfluss nehmen, wie der Zugang zu staatlichen Hilfen gestaltet wird, wie Bildungsangebote wirken, wie Vereine und Verbände arbeiten. Das betrifft auch den solidarischen Umgang mit allen Flüchtlingen.

Kommunale Räte finden unterschiedliche Bedingungen und Probleme vor: In den großen Städten konzentriert sich Armut, die Mittelstädte und das Land verlieren hingegen an Infrastruktur. Auch in ostdeutschen Städten und Gemeinden steigen Mieten und immer deutlicher trennen sich teure von armen Wohngegenden ab. Kommunales Eigentum und Wohnungsgenossenschaften sind entscheidende Steuerinstrumente für Zusammenhalt und soziale Durchmischung der Quartiere. Der Bestand kommunaler Wohnungen und kommunale Wohnungsunternehmen sowie Wohnungsgenossenschaftenmüssen geschützt werden.

Immer mehr Menschen leben allein, nicht nur im hohen Alter. Wir brauchen mehr und neue Möglichkeiten der Begegnung für Alt und Jung, für Alleinerziehende, für Kinder und Familien, für Senior:innen und ärmere Menschen. Leben und Arbeiten müssen wieder enger zusammenrücken. In ganz Sachsen-Anhalt existiert nur noch ein großes Warenhaus, wir brauchen eine Neubelebung von verödeten Innenstädten und Dorfkernen. Wir wollen multifunktionale Begegnungsstätten erproben, die Beratungsmöglichkeiten, Ausleihen, Reparaturwerkstätten und Gesprächsräume vereinen. Nicht jeder Haushalt muss einen Drucker oder Werkzeug besitzen. Dorfläden sind oft nicht konkurrenzfähig gegen die „grüne Wiese“, deshalb brauchen sie Förderung als gemeinschaftliche Halte- und Begegnungspunkte. Jugendliche brauchen Freiräume und eigene Begegnungsstätten. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für den Erhalt soziokultureller Zentren ein und unterstützen die Schaffung neuer Orte zur selbstbestimmten Gestaltung.

Sicherheit beginnt für uns nicht mit Videoüberwachung, sondern mit Chancengleichheit, Zusammenhalt und Gesundheitsschutz. Wir wollen Klimaschutzkonzepte in allen Kommunen. Diese sind relevant für alle gesellschaftlichen Bereiche, zentral für den Schutz gegen Dürre, Überschwemmungen und andere Extremwetter. Mehr Verschattung und der Erhalt sowie Neuanpflanzung von Bäumen, Grünflächen und Waldgebieten als Hitzeschutz, CO-Speicher und Augenfreude hat oberste Priorität.

Vor allem der Fachkräftemangel erschwert die Erfüllung kommunaler Aufgaben und wird durch die Zunahme von Aufgaben, die von der Kommune übernommen werden müssen, verstärkt. DIE LINKE ist sich daher bewusst, dass neben dem Lohn und den Arbeitsbedingungen auch die kommunale Finanzausstattung verbessert werden muss.

**DIE LINKE will Bildung, die ankommt**

DIE LINKE ist die Partei, die sich für den Erhalt eines ortsnahen und flächendeckenden Schulnetzes einsetzt. Die Versuche der Landesregierung, den zunehmenden Lehrer:innenmangel zu bewältigen, scheitern an unzureichenden und halbherzigen Lösungsvorschlägen. Die Kinder brauchen in unseren Dörfern und Städten eine Zukunft, dafür braucht es Investitionen in Schulen und Kitas. Deshalb will DIE LINKE, dass Standortentscheidungen nicht nach Einspareffekten, sondern im Interesse bestmöglicher Ausbildungsbedingungen aller Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden getroffen werden.

Die Digitalisierung der Schulen ist zudem keine kurzfristige Maßnahme, sondern eine Entscheidung für die Zukunft. DIE LINKE will sie konsequent und nachhaltig vorantreiben. Dafür braucht es auch eine ausreichende Personalausstattung zur Unterhaltung der Technik und Medienkompetenz der Lehrer:innen und Schüler:innen.

DIE LINKE setzt sich im Land für eine Verstetigung der Schulsozialarbeit ein. Sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern und schafft sichere Räume und Vertrauen vor allem für Schüler:innen. Sie ist auch ein wesentliches Mittel zur Vermeidung von Schulabbrüchen. Unser Ziel ist dabei auch, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigungen mit- und voneinander lernen. Deshalb muss integrative Beschulung bedarfsgerecht sichergestellt und finanziert werden.

**DIE LINKE will mehr Gewicht für Kommunalpolitik**

Kommunale Räte erlassen keine Gesetze, sondern setzen Vorgaben der Europäischen Union, des Bundtages und der Länder um. Die Kommune ist also demokratisches Bewährungsfeld, hier zeigen sich Wirkungen, Probleme und vor allem Veränderungsbedarf. Deshalb verdient Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit. DIE LINKE vernetzt Mandatsträger:innen landes- und bundesweit. Wir fordern nicht in Dauerschleife Flüchtlingsgipfel, sondern gute Bildungs- und Familienpolitik, sozial flankierten Klimaschutz und Armutsbekämpfung auf allen politischen Ebenen.

Die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren chronisch unterfinanziert, damit verbunden sind Einschnitte in vielen Lebensbereichen und ein gewaltiger Investitionsstau. Die Ursachen sind vielfältig. Sie reichen von Altschulden auf Grund von Fehlinvestitionen über zu geringe Gewerbesteuern bis hin zu fehlenden Einkommens- und Umsatzsteuern, weil Sachsen-Anhalt nach wie vor ein Niedriglohnland ist. Aber die Kommunen brauchen eine ausreichende Finanzausstattung und eine Ausfinanzierung der Aufgaben, die ihnen vermehrt von Bund und Land übertragen werden. Sonst bleiben noch mehr Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen, können Straßen und Brücken nicht saniert werden und in der Nacht bleiben die Gemeinden dunkel.

Wir wollen Gemeinden mit solidarischem Zusammenhalt, sozialer Sicherheit und demokratischer Beteiligung aller. Damit das auf allen Ebenen möglich ist, müssen auch die Mitbestimmungsrechte der Ortschaftsräte gestärkt werden, denn sie sind für uns wichtige Akteure der Kommunalpolitik. Sie können wohnort- und bürgernah agieren. Ihre Tätigkeit muss stärker Berücksichtigung im Gemeinde- bzw. Stadtrat finden. Senioren-, Jugend- und Migrant:innen-Beiräte dürfen nicht nur Gesprächsforum sein, sondern müssen Kommunalpolitik wirklich beeinflussen können.

Unter dieser Prämisse fordert DIE LINKE, dass alle landespolitischen Gesetze und Entscheidungsgrundlagen auf den Prüfstand zu stellen und die demokratische Mitbestimmung der Bürger:innen und Kommunen wieder herzustellen sind.

Kommunale Themen haben direkten Einfluss auf das Leben vor Ort. So ist bei der Ausweisung von Eigenheim- und Industriesiedlungen zu prüfen, ob es eine ausreichende Anbindung an den ÖPNV und ein Radwegekonzept gibt, und ob Schule, Kitas, Arztpraxen geplant sind. All das muss von den kommunalen Mandatsträger:innen langfristig bedacht und entschieden werden.

**Wir leben in einer Zeit voller Umbrüche. Vieles wird sich in den nächsten Jahren ändern, und DIE LINKE will, dass dabei die Richtung stimmt: Für sichere und belebte Innenstädte und Dörfer, für bezahlbares Wohnen und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land. Für mehr Natur- und Hitzeschutz und weniger Versiegelung natürlicher Flächen. Für Kommunen als guter Lebensort und guter Arbeitgeber mit ausreichend Fachkräften in der Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung.**